



Herrn

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Hausadresse:
Rathaus, Marktplatz 1
70173 Stuttgart

Postadresse:
70161 Stuttgart

Telefon 0711 216-0
Fax 0711 216-60686
E-Mail ob.buero@stuttgart.de

GZ: OB

30. August 2024

**Änderung des § 23 Allgemeines Eisenbahngesetz
Freistellung nicht mehr benötigter Bahnbetriebsflächen durch den Bund**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter [REDACTED],

die im Dezember 2023 erfolgte Änderung von § 23 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) durch den Deutschen Bundestag hat bei uns große Verwunderung und Überraschung ausgelöst. Nach der Novellierung ist eine Freistellung nicht mehr benötigter Bahnflächen nur noch dann möglich, wenn das Interesse des Antragstellers das übertragende öffentliche Interesse am Verkehrszweck überwiegt. Sogar ohne eine langfristig zu erwartende Bahnnutzung können nun Freistellungen abgelehnt und gesellschaftlich wichtige kommunale Projekte wie sozialer und frei finanziierter Wohnungsbau verhindert werden. Diese Beschränkung der Planungshoheit der Städte und Gemeinden stellt eine schwerwiegende Verletzung der kommunalen Selbstverwaltung dar und würde – wenn sie bestehen bliebe – zu Bahnwüsten und verwilderten Flächen in deutschen Innenstädten führen. Die Landeshauptstadt Stuttgart prüft derzeit mögliche rechtliche Schritte.

Die vorgenannte Verschärfung der Freistellungspraxis geht auf den Deutschen Bundestag zurück und entspricht nach Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs und Beauftragten der Bundesregierung für Schienenverkehr Michael Theurer MdB dem Willen der Koalitionsfraktionen. Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung wären somit verantwortlich für die Verhinderung wichtiger Planungen und Wohnungsbauprojekte in deutschen Zentren wie etwa derer für das Jahrhundertprojekt Stuttgart Rosenstein. Vor dem Hintergrund der Wohnungsnot in Ballungsräumen und Innenstädten ist diese Gesetzgebung realitätsfremd und nicht nachvollziehbar.

In der Innenstadt der Landeshauptstadt Stuttgart wird nach der Eröffnung des Durchgangsbahnhofs im Rahmen des Projekts Stuttgart 21 eine Fläche bis zu 85 ha zur städtebaulichen Entwicklung frei. Teile der bestehenden Bahninfrastruktur werden bereits im Rahmen von Stuttgart 21 zurückgebaut. Die verbleibenden Anlagen können ohne größere Umbaumaßnahmen nicht genutzt werden. Eine langfristige Nutzung der Bahninfrastruktur ist daher nicht zu erwarten. Dennoch blockiert der Bund mit der fragwürdigen Gesetzgebung zu § 23 AEG die Möglichkeit, die über 85 ha Fläche im Zentrum der Landeshauptstadt Stuttgart für den Bau von Wohnungen zu nutzen. Die Flächen würden dann auf Jahrzehnte dem Verfall preisgegeben.

Das Wohnbauprojekt Stuttgart Rosenstein umfasst die Schaffung von bis zu 5.700 Wohnungen für über 10.000 Menschen im Herzen der Landeshauptstadt Stuttgart. Der preisgekrönte Rahmenplan sieht die Entstehung eines vernetzten und klimaangepassten Stadtteils vor, in dem Wohnen, Arbeiten, Lernen und kulturelles Erleben fließend ineinander übergehen und nicht länger getrennt voneinander betrachtet werden.

Bitte unterstützen Sie die Landeshauptstadt Stuttgart bei der Realisierung des Projekts Stuttgart Rosenstein und sorgen Sie im Hinblick auf § 23 AEG für die Wiederherstellung verfassungsgemäßer Zustände.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Frank Nopper

Dieses Schreiben erhalten der Herr Bundesminister für Digitales und Verkehr Dr. Volker Wissing MdB sowie die Frau Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Klara Geywitz, die Mitglieder des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages sowie sämtliche Mitglieder des Deutschen Bundestags aus Baden-Württemberg.